

Im Halbe monatlich bei zweimaliger Auslieferung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark auswärts, Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsdienst unter Angabe Zeitung eingetragene Manuskripte sind keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Goole-Zeitung“ gestattet. Ferner der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Redaktion Nr. 1142 u. 1143, der Geschäftsleitung Nr. 1139, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

# Goole-Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

werden 0,80 Spalt, 34mm Br. Millimeterzeit über deren Raum mit 20 Pf. berechn. u. in unseiner Anzeigenscheinung, allen Anzeigenscheinungen angenommen. Reklamen die 0,2 mm Br. Millimeterzeit 60 Pf. Anzeigen-Annahmestelle vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Br. ab 6 Uhr. Abfertigungen, soweit zu leisten, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Ercheinung: 1. mal, Sonntag 1 mal. Schriftl. u. Haupt-Veranstaltung: Halle, Neue Promenade 14, Dr. Brandtstr. 17. Haupt-Veranstaltung: Markt 24 und Große Ulrichstr. 22.

Nr. 553.

Halle, Mittwoch, den 26. November.

1919.

## Das baltische Elend.

### Die Lage im Baltikum.

**Berlin, 25. Novbr.** (Eigene Drahtnachricht.) Ueber die Lage im Baltikum wird berichtet: Die Bahnlinie Schaulen-Lauragen ist von den Litauern freigegeben worden. Es gelang gestern, einen Kohlenzug nach Schaulen durchzuführen. Mit dem Zetteln wurde ein 24 stündiger Waffenstillstand abgeschlossen. Man hofft, den Waffenstillstand zu einem dauernden zu machen. Die Entente-Kommission hat sich mit der deutschen Forderung, daß die Litauer die neutrale Zone Litauens der Bahnlinie nach Radwillysitz zu öffnen haben, einverstanden erklärt. Den Litauern wurde das Gesetzentwurf, das sich noch in dem Drotok befindet und beim Rückzug nicht mitgeführt werden konnte, sowie das Eisenbahnmaterial zugedacht. Die litauische Regierung wird von der Annahme dieser Regelung der deutschen Regierung noch ummittenbar Mitteilung machen. Sollten trotz dieser Zusicherungen litauische Truppen fernerhin den Durchzug der Deutschen zu hindern versuchen, so wird die Entente-Kommission zum Schutze des Durchzuges deutsche Truppen anfordern. Bisher sind nur etwa 80 bis 100 Mann von den Baltikum-Truppen auf deutschem Boden angekommen. Sie befinden sich in ganz trostlosem Zustande, denn sie mühten sich größtenteils ohne Geld und ohne genügende Kleidung bei streifender Kälte zu Fuß durchzuführen. Erschütternd sind die Nachrichten über das Baltikum selbst gekommen. Sieben Flüge zur Hälfte mit Soldaten und Material besetzt, wurden wegen Störung der Bahnlinie auf freier Strecke liegen bleiben und waren dauernd dem feindlichen Feuer ausgesetzt. In den Kasernen herrscht bittere Not, da es sowohl an Kohlen wie an Sanitätsmaterial fehlt. Ein Kasernenzug mit dem Notwendigen ist vorzeitig in Richtung Schaulen abgegangen.

### Letzliche Banden.

**Berlin, 25. Nov.** (Eigene Drahtnachricht.) Wie von jüdischen Kreisen mitgeteilt wird, dürfte der Rückzug der deutschen Truppen aus Ostland trotz der Forderung der Entente-Kommission die letzten Banden nicht glatt verlaufen sein. Die Bände durch Ostland, die von den deutschen Truppen auf ihrem Rückzug nach Ostland genommen werden müßten, sind durch zahlreiche litauische Banden unübersichtlicher gemacht. Diese sind sehr gut bewaffnet. Es kann als sicher angenommen werden, daß die deutschen Truppen auf ihrem Rückzug mit den letzten Banden schwere Kämpfe auszufechten haben werden, die für die deutschen Truppen wahrscheinlich schwere Verluste mit sich bringen werden, da sie nicht mehr weiterzudringen sind und ihr Rückzug sich infolgedessen in Unordnung vollzieht.

### Zur Note Clemenceaus über die Gefangenen.

**Berlin, 25. Nov.** (Eigene Drahtnachricht.) Wie sehr lautet, wird das Reichsamt wahrscheinlich schon morgen oder spätestens übermorgen eine Sitzung abhalten, in der über die Antwort auf die Kriegsgefangenennote Clemenceaus beraten werden soll.

### Der Papst verwendet sich für die Gefangenen.

**München, 25. Nov.** Die Karlsruher Zeitung meldet: Der Papst hat sich für die Gefangenen in Ostland eingesetzt. Der Papst hat sich für die Gefangenen in Ostland eingesetzt. Der Papst hat sich für die Gefangenen in Ostland eingesetzt.

### Die französischen Verpfehlungen vom August.

**Berlin, 25. Nov.** Zur Beurteilung der Verpfehlungen Clemenceaus in der Note über die Kriegsgefangenen wird nachmals ausdrücklich auf die Note vom 22. August 1919 verwiesen, die der Oberste Rat der Alliierten in Versailles übergeben ist, und in der es heißt: „In so weit als möglich die durch den Krieg verursachten Schäden zu mindern, haben die Alliierten und assoziierten Mächte beschlossen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrags mit Deutschland, soweit er den Rücktransport der deutschen Gefangenen betrifft, zu organisieren. Die Vorbereitung dieses Rücktransportes werden sofort beginnen, und zwar durch eine interalliierte Kommission, der ein beständiges Sekretariat beigegeben werden soll, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist. Die Alliierten und assoziierten Mächte wollen aber ausdrücklich darauf hin, daß diese vorläufige Haltung, durch die die deutschen Soldaten in großer Zahl haben, nur dann von Dauer sein kann, wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen.“

### Keine verspätete Veröffentlichung der letzten Clemenceanote.

**Berlin, 25. Nov.** (Amtlich.) Drahtnachricht. In einer Berliner Mitteilungszeitung wird bemerkt, daß die neue französische Note über die deutschen Kriegsgefangenen

von der deutschen Regierung mit einer Verspätung von zehn Tagen veröffentlicht worden ist. Tatsächlich ist diese vom 15. November datierte Note der deutschen Delegation in Paris erst am Abend des 21. November nach der Abfahrt des deutschen Kuriers übergeben worden. Der Wortlaut ist von der am 22. d. M. aus Paris abgereisten und am 24. d. M. mittags in Berlin eingetroffenen deutschen Sonderdelegation der zuständigen Stelle übermittelt worden. Die Weitergabe an die Presse ist am 24. November erfolgt.

### Ein französische Mitteilung zu Simsons Abreise.

**Paris, 25. Nov.** (Eigene Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat beschloß, an die deutsche Forderung eine Mitteilung zu richten, in der die ganze Verantwortung für die Verzögerung des Friedensabkommens, die durch die Abreise des Herrn v. Simson veranlaßt worden ist, Deutschland zugewiesen wird.

### Ein Hilferuf an den Mikado.

**Zürich, 25. Novbr.** (Eigene Drahtnachricht.) Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes hat den Mikado ersucht, die Gelände in Ostasien, über die geradezu erschreckende Nachrichten eingetroffen sind, unter japanische Dohut zu nehmen.

### Besprechungen in Bitterfeld.

**Bitterfeld, 25. Nov.** In einer Besprechung des Militärschlichters mit den Arbeiterführern in Bitterfeld wurde festgestellt, daß die Zurückziehung der Truppen aus den besetzten Gebieten nicht erfolgen soll, wenn die Arbeit in den Werken wieder aufgenommen ist. Die Beschlüsse der Besprechungen werden morgen darüber diskutiert.

**Berlin, 25. Nov.** (Eigene Drahtnachricht.) Die Anknüpfung der notwendigen Maßnahmen, insbesondere die Bereitstellung der notwendigen Mittel, scheint eine Entlohnung der Streikende bei Bitterfeld herbeigeführt zu haben. Außerdem nach am Montag die Arbeiter unter der Leitung des Generalkomitees der gesamten Arbeiterfront der sofortigen Zurückziehung des Hoffbeschlusses gegen den Arbeiter Saaz gebotet haben, sind sie im Laufe des Vormittags auf die Zurücknahme des Hoffbeschlusses nicht weiter zurückgekommen, sondern alle diese Forderungen fallen gelassen zu haben. In den Besprechungen des militärischen Oberbefehlshabers mit den Arbeiterführern wurde festgestellt, daß die Zurückziehung der Truppen erst erfolgen würde, wenn die Arbeit wieder in vollem Umfang aufgenommen ist.

**Berlin, 25. Nov.** Nach der „Post“ ist die Verhandlung mit der Arbeiterfront der Antikriegsabriks in Bitterfeld und des Elektron-Werkes I einen günstigen Verlauf, so daß die Hoffnung besteht, den Streik schnell beizulegen.

### Beleuchtungseinschränkungen in Berlin.

**Berlin, 25. Nov.** Auf Wunsch des Kohlenverbandes Groß-Berlin treten laut „Post-Zeitung“ am Freitag neue einschränkende Bestimmungen für die Beleuchtung von Geschäftsbetrieben, Konzerten und Firmenaufnehmungen in Kraft. Nach 04 Uhr abends darf Gas und Elektrizität für Beleuchtungszwecke nicht mehr verbraucht werden.

### Gegen den Wucher und Schleichhandel.

**Berlin, 25. Nov.** Der Volkswirtschaftsminister hat den Nationalversammlung hat den Entwurf einer Verordnung gegen den Wucher und Schleichhandel angenommen, dem durch besondere Maßnahmen aus dem Reichsgebiet entzogen werden soll. Für den Bereich des Reichsgebietes soll mindestens ein Wuchergericht zur schnellen Aburteilung von Wuchern und Schleichhändlern errichtet werden. Reichsminister Schuler hat betont, daß dadurch, daß man den Wuchern und Schleichhändlern in alle ihre Verstecke Waren und Lebensmittel frei zu werden, die dann auf unethischem Wege den Verbrauchern zufließen würden. Zu erwidern wäre die Veröffentlichung der Namen von Wuchern und Schleichhändlern. Der Minister stellte in Aussicht, daß er sich deswegen mit den Justizministern der einzelnen Länder in Verbindung setzen werde.

### Zum Wiederaufbau in Frankreich.

**Berlin, 25. Nov.** Wie die „Mitteleuropäische Correspondenz“ mitteilt, sind die Bedingungen für den Wiederaufbau in Frankreich für den Wiederaufbau in Frankreich noch nicht bekannt. Vor Frühjahr 1920 werden voraussichtlich deutsche Arbeiter dort nicht Arbeit finden. Außerdem würden nach Verhandlungen darüber, welche Gebiete durch deutsche Arbeiter wieder aufgebaut werden sollen.

### Minister Fischbeck und die Reform der Handelskammern.

Im Hinblick darauf, daß die Handelskammern bei dem künftigen Aufbau der Wirtschaftszustand-Organisation eine beträchtliche Rolle spielen werden, erscheint ihre Reform dringend geboten. Schon im Sommer 1918 befaßte sich das alte Abgeordnetenhaus mit einer Regierungsvorlage, die vor allem die Zusammenlegung der kleineren Kammern zu größeren, leistungsfähigeren Gebilden bezweckte. Diese Vorlage fiel naturgemäß dann unter den Tisch. Nunmehr hat die Regierung wiederum die Absicht, eine neue, den Zeitverhältnissen entsprechende Vorlage einzubringen. In welchem Sinne diese Vorlage gehalten sein wird, geht aus den nachfolgenden Ausführungen des Ministers Fischbeck in der Kommission der Preussischen Landesversammlung am besten hervor. Der Minister jagte dort:

Er sei überzeugt, daß es mehr als je darauf ankomme, kleine Handelskammern zu großen, leistungsfähigen Handelskammern zusammenzulegen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten machten es erforderlich, in den Handelskammern Oemien zu schaffen, auf deren sachverständiges Urteil man bauen könne, wenn anders nicht diese Körperschaften von den großen Interessensvertretungen vollständig beiseitegeschoben werden sollten. Ansätze hierfür seien schon vorhanden. Deswegen sei es nun vorzuziehen seine Absicht gemein, zu geeigneter Zeit der Landesversammlung eine ähnliche Vorlage vorzulegen wie den vorjährigen Entwurf vorzulegen. Im allgemeinen sei das Ziel dieser Vorlage richtig gewesen. Inzwischen seien umfassende praktische Untersuchungen über die Bedeutung und die finanzielle Lage der Handelskammern angestellt worden. Diese Untersuchungen würden wertvolles Material für die zukünftige Beratung liefern.

Er stehe grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht auch für die Handelskammern angebracht sei. Er sei früher an einer Handelskammer tätig gewesen, die von jeher das gleiche Wahlrecht gehabt habe, und er habe nicht beobachtet, daß damit die Gefahren verbunden seien, die man vielfach hieron befürchte. Allerdings müßten gewisse Regelungen vorgenommen werden. Wollte man das gleiche Wahlrecht glatte für alle Betriebe ohne Sonderung durchführen, so könnte es leicht geschehen, daß ein Industriezweig die Vorherrschafft an sich reiße, während weniger zahlreich, aber wirtschaftlich wichtige Zweige unvertreten blieben. Infolgedessen müßte eine gewisse Gruppeninteilung vorgenommen und dafür Sorge zu nehmen, daß die verschiedenen Gemeinwesen, soweit sie von Bedeutung seien, zu Gehör kommen. Weiter werde man dafür sorgen müssen, daß der Kleinhandel genügend zu seinem Rechte komme. Praktisch sei in jeder Gruppe nach dem gleichen Rechte zu wählen.

Nun habe für ihn die Befragung nahegelegen, einen solchen Gelegenheitssatz schon jetzt einzubringen. Aber allein einen Gelegenheitssatz mit dem gleichen Wahlrecht einzubringen, habe er für unpraktisch gehalten, da er der Ansicht ist, daß eine Reihe organisatorischer Änderungen eintreten müsse. Die Stellung Preussens zu den Einzelstaaten sei eine andere als früher. Früher habe Preußen bei der Vorbereitung wirtschaftlicher Gesetze bestimmend gewirkt, und hierbei habe der Deutsche Handelsrat zur Verfügung gestanden; heute erfahre Preußen von wichtigen wirtschaftlichen Gesetzen häufig erst, wenn sie im Reichsrecht fertiggestellt seien, und dann müßte in ganz kurzer Zeit im Reichsrat darüber entschieden werden. Deshalb hätten sich die preussischen Handelskammern aus eigener Initiative, allerdings unter seiner Zustimmung, mit seiner Unterstützung, zu einem Handelskammertag zusammengeschlossen, der das preussische Handelsministerium gegenüber den Plänen, die von der Reichsregierung in Gesetzesform an die preussische Regierung bezug, den Staaten-ausschuss herantreten, in kurzer Zeit mit sachverständigen Kommissionen; er beschäufte, ihn schon jetzt als tatsächliches Gremium anzuerkennen und ihm in der demnächstigen Vorlage eine öffentliche-rechtliche Stellung zu geben.

Er sei weiterhin abzuwarten, welche Pläne das Reich hinsichtlich der wirtschaftlichen Interessenvertretungen vorlege und wie die Handelskammern hierbei einzugliedern seien. Andererseits könne man den Entwurf auch deshalb im Augenblick noch nicht verabschieden, weil wesentliche Teile des Oemens und des Behrens vom preussischen Staatsgebiet abgetrennt werden würden. Das habe natürlich seinen Einfluß auf die Gestaltung der zukünftigen Handelskammern.



**Minister Schäfer:** Das Gesetz will dem Gefallenen Gelegenheit geben, sich wieder anzufügen, und verzinsen, daß ihm die Strafe als eine Kette anhängt, die er sein Leben lang mit sich herumführt.

**Hg. Dr. Entwürf (Zp.)** steht mit seiner Partei der Tendenz des Entwurfs impathisch gegenüber, wünscht aber doch Vermählung an einen Ausschuss von 14 Mitgliedern.

**Hg. Dr. Kahl (D. P.)** stimmt dem zu. Es könnte wertvoll sein, ob es bei der gekehrten Kriminallität der jetzigen Zeit gerade heute am Platze sei, mit einem solchen Entwurf vorzugehen.

**Hg. Prof. v. Dem.** und **Hg. Darmut (Dn.)** stellen sich auf den Boden des Entwurfs.

Minister Schäfer stellt in Folge einer Anregung des linken Wortredners fest, daß Anwendungen an die Richter wiederholt und auch mit gutem Erfolge dahin erlangen seien, Fragen an Befragte und Zeugen wegen Vorstrafen in tatsächlicher Weise nur dann und zu weit zu stellen, als dies von der Sache gefordert würde.

**Hg. Landberg (Soy.)** Ertrage die jetzige Zeit sei besonders geeignet zur Einführung eines solchen Gesetzes, durch das Männer und Frauen, die die Not der Zeit einmal überschritten, der Gesellschaft wiederzugeben werden können, wenn man ihre Verführung so gut wie ungeschädlich machen kann durch Verhinderung der Vorstrafen.

Der Entwurf geht an einen Ausschuss von 14 Mitgliedern.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Interpellationen; Interpellationsfrage.

Schluss gegen 4 Uhr.

## Deutsches Reich.

### Preussisch-Sächsische Klassenlotterie.

Berlin, 25. November. Bornmittagsziehung. 10 000 Mk. auf Nr. 106 600. 5000 Mark auf Nr. 25 516, 90 611, 117 404. 2000 Mark auf Nr. 4134, 9574, 21 800, 22 385, 27 057, 41 996, 45 728, 63 735, 74 828, 86 228, 90 008, 97 401, 102 513, 129 857, 129 650, 130 105, 139 959, 147 785, 152 804, 182 325, 184 126, 185 805, 187 197, 172 075, 175 337, 193 985, 193 261, 200 805, 204 620, 205 145, 215 427.

## Halle und Umgegend.

Halle, den 26. November 1919.

### Aber die einseitige Verwaltung und Erhebung der Grunderwerbsteuer

wird uns geschrieben: Am 1. Oktober ist das Grunderwerbsteuergesetz vom 18. September 1919 in Kraft getreten, ebenso auch das Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung, wonach die Reichsämter von Reichsbehörden zu verwalten sind. Da die im Reichsabgabenverzeichnis vorgesehenen Finanzämter noch nicht durchweg eingerichtet werden konnten, sind auf Grund der Verordnung über die Verwaltung der Grunderwerbsteuer vom 23. September in Preußen die Gemeinden und Kreise einseitig mit der Verwaltung und der Erhebung dieser Steuer beauftragt worden, daß die Städte und Landgemeinden, die bisher eine Grundbesitzabgabe erhoben haben, auch mit der Veranlagung der Grunderwerbsteuer betraut worden sind. In den Gemeinden in denen eine solche Abgabe nicht erhoben wurde, hat die Veranlagung und Erhebung durch die Kreise zu erfolgen.

Von dem Ertrage der Grunderwerbsteuer erhält das Reich die Hälfte; über die Verwendung des anderen Teiles, insbesondere über seine wüßige oder anteilige Vertheilung an die Gemeinden und Kreise haben die Länder Bestimmung zu treffen. Wie die Vertheilung der zweiten Hälfte vorzunehmen sein wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen, doch wird eine e n d g ü l t i g e Regelung voraussichtlich in Kürze erfolgen können. Zunächst muß indes die Verabschiebung des Landessteuerverwaltungsgesetzes abgewartet werden.

Erdlich steht das Grunderwerbsteuergesetz für die Länder sowie mit Genehmigung der Landesregierungen für die Gemeinden und Gemeindeverbände die Möglichkeit vor, Steuerzuschläge bis zu 2 v. H. zu erheben, wovon höchstens die Hälfte auf das Land entfallen darf. Daß die Gemeinden und Kreise von dieser Möglichkeit in weitem Umfange Gebrauch machen werden, ist anzunehmen. Zusätzlich haben auch bereits verschiedene Gemeinden Zuschlagsordnungen erlassen, die von den Ministern des Innern und der Finanzen genehmigt worden sind. Dagegen, daß die Zuschläge in Höhe von 1 v. H. erhoben werden, sind dabei Bedenken von den genannten Ministern nicht erhoben worden. Da noch nicht feststeht, was den Ländern an sonstigen Einnahmen zuzuführen wird und ob sie nicht genügt sein werden, das Aufschlagrecht für sich selbst in Anspruch zu nehmen, dürften Anträge auf Genehmigung eines höheren Zuschlages zurzeit wenig Aussicht auf Erfolg haben.

## Der Kilian-Prozess.

Dreizehnter Tag. — Zweiter Teil.

Das ehemalige Soldatenratmitglied Karl Zaenke war am 3. März mit dem Angeklagten im Wettiner Hof. Das Kilian auf dem Wege nach diesem Hotel am Nischeplatz zu einer Art Bekanntschaft gekommen, die von der Anklage behauptet wird, hält dieser Zeuge für unrichtig, da bis er hien mit ihm, den er je immer neben Kilian gewesen. Der Zeuge ist aber nur 10 Minuten mit Kilian wieder vom Wettiner Hof nach dem Nischeplatz zu gegangen, wo sich Zaenke auf seinem Wege nach dem Bahnhof von Kilian trennte. Im Hofplatz hätte über die Behauptung beim General Maeder Bericht erstattet werden. Da kam die Meldung, daß in der Brunnenstraße an die Kretzer Waffen ausgegeben wurden. Sofort hätten der Anklage und der Zeuge sich dagegen gewendet und den Feldwebel Steinbrecher angewiesen, keine Waffen herauszugeben. Der Zeuge führt auf Befragen der Verteidigung an, daß er heute 7. März in Haft genommen worden sei. Beschuldigung noch nicht. Die Frage zu stellen, ob er dabei auch gewirkt worden ist, wird auf Befehl des Gerichtshofes, weil nicht zur Sache gehörig, abgelehnt. Der Zeuge berichtet weiter, daß am 8. März, als er mit Kilian nach dem Wettiner Hof ging, auf Befehl des General Maeder ein Soldatmann auf sie trat und sich in dem Sinne auszusprechen habe: So könne die Sache nicht weiter aben, es wäre besser, wenn der alte Sicherheitsdienst wieder eingerichtet würde. Der Zeuge will diesem das Verlangen nach dem aufgelösten Sicherheitsregiment verweigern haben, und so ist auch den Arbeitern berichtet worden. Schriftführer Zeuge erklärt er war ebenfalls Mitglied des Arbeiterrates und hat fast regelmäßig dessen Sitzungen beto-

wohnt. Im Januar schon tauchte die Frage der Bemessung von Arbeitern auf, weil das Sicherheitsregiment so langsam mit der Entlohnung der durchgehenden Truppen durchzuführen zu können. Man nahm an, daß die durchgehenden Truppen bestimmt waren zur Niederwerfung von Putzigen gegen die Regierung. Kilian hat bemerkt, daß, wenn das Sicherheitsregiment so langsam wäre,

einige Tausend Arbeiter beschaffen werden müßten. Auf andere Einzelheiten vermag sich der Zeuge nicht zu beziehen. Nachher Zeuge ist Dr. Richter 3. Teil in der Hauptprotokolle fällt war, als Kilian und Zaenke eingeleitet wurden. Der Patronenführer erklärte dem Zeugen, daß die beiden verhaftet worden seien, weil sie aus einem Hause gekommen waren, aus dem laut geschrien wurde. Man hätte auch in dem Hause gesehen, daß der Richter geflohen sei. Kilian erwidert hierauf, daß er und Zaenke gar nicht in einem Hause gewesen seien. Kilian und Zaenke sind vom General Maeder wieder entlassen worden, weil kein Festgrund für ihre Verhaftung vorliege. So lange die beiden in der Haft waren, hat der Zeuge keine Schäfte gehabt.

Ein Verzeihungs nach ihrer Entlassung sind die Schichtarbeit

Weiter erzählt der Zeuge, ein Baumeister Sch. habe am Tage nach der Freilassung Kilian für 40 Mark diesen nur 25 bis 30 Minuten gesprochen, wobei Kilian selbst hätte, daß es nun erst recht los gehen müsse.

Zeuge Adolf 1. Teil beantwortet die vorliegenden Fragen unklar, damit, daß er noch nichts wisse. Er weigert sich, daß die Richter beschuldigt werden sollten, weil nicht, was Kilian vom Balkon des Stadthauses her geschrien hat, weil nichts von Parteimitgliedern durch Verlangen, weil nichts von Kommunisten und Sozialisten, denn er habe niemals eine ihrer Versammlungen besucht. Am 1. März ist der Zeuge dann gekommen, als die Verhandlung des Sch. bereits vorüber war und er hat dann nur gehört. Auf die Frage des Staatsanwalts, ob er sich als Parteimitglied ausgeben würde, wenn er verurteilt werden würde, wenn kommunistischer Unruhe und wegen Bemessung der Arbeiter, erwidert Zeuge Adolf, wenn er sich Parteimitglied ausgeben würde, würde Verlangen aus der Partei ausgeht werden: im übrigen müßte der Partei die Entscheidung über die etwaige Ausschließung vorbehalten bleiben. Mächtig ist es, erwidert der Zeuge auf eine beiläufige Frage des Staatsanwalts, daß die Partei die Gewaltmaßnahmen ablehne. Die Verhandlung wird am Mittwoch vertagt.

Der für die Vorbereitung des nächsten Mittels- und Volksgerichts am Mittwoch, den 26. November, nachmittags 5 Uhr, anberaumte Vortrag des Herrn Universitätsprofessors Geheimen Medizinalrat Dr. Fieber über Begabungsprüfungen muß wegen Kollisionsmangel und Beziehungsangewiesenen vorläufig ausfallen.

Beschreibung in Halle am 1. Dezember 1919. Die Durchführung der vierteljährlichen Viehzählung, die am 1. Dezember gemäß Anordnung des Reichsanwalts vom 30. Januar 1917 in der Stellung der Verordnung über die Erweiterung der vierteljährlichen Viehzählung vom 8. August 1917 stattfand, ist der Polizeiverwaltung übertragen worden. Die Aufnahme erfolgt mittels einer Liste in der die Viehzählung in der Viehzählung, durch frühere Viehzählungen bereits bekannten Viehe; sie umfaßt Pferde, Mindervieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Federziege und Kanarienvögel. Es wird erwartet, daß die Beteiligten ihre Verbindlichkeit im unterrichtlichen Interesse erfüllen werden. Die Hauptaufgabe der Viehzählung ist mit großer Verbort.

Der Kammer-Ausschuß hat am Freitag den 22. November in der Gewerkschafts-Halle „Ratgeber“ (Wahlzimmer). Auf der Tagesordnung steht u. a. Mitteilung von der Abhaltung einer Gesellschafts-Ausstellung im Frühjahr 1920. Vortrag über zeitgemäße Bodenvertragaan und die neuen Steueretze.

Besondere Gesangsübungen haben der Besucher des am 2. Dezember stattfindenden 1. Teil in der Halle im Kaffeehaus bevor; denn diese Künstlerverein führt über dem so hochberühmten Dresdener Singschule aus seine nicht minder bedeutende Gut in nach Halle. Die beiden jungen Brüder und Duette unerwählter Art. Der Hebra gibt's noch eine Reihe außer Wäse, doch je wegen der sehr großen Kostpreise Güte angeraten. Nächstes Abend von Edwin Barmeler findet am Freitag, 28. November, in der Gewerkschafts-Halle „Ratgeber“ (Wahlzimmer) statt. Der Abend bringt eine Fülle der schönsten neuen und alten Lieder zur Laute und eine Auswahl aus den Werken der Meister des modernen Dramas. Karten bei Reinhold Koch.

Reichsbund der Kriegesbeschädigten, ehem. Kriegesbeschädigten und Kriegesinterfessenen, Dringende Gruppe Halle. In der am Freitagabend in Wilsdorfs Gesellschafterhaus abgehaltenen Mitgliederversammlung der hiesigen Dringende Gruppe erörterte der 1. Vorsitzende Konrad Fiedler Bericht über die Gründung der Dringende Gruppe. Der letzte Teil des Jahres, die recht erfolgreich ist. Der letzte Teil des Jahres die bei der recht erfolgreichsten Kriegesbeschädigten und Kriegesinterfessenen bei der Dringende Gruppe des Reichsbundes einen Antrag auf Einführung einer Sondervertretung ähnlich wie der bei der hiesigen Eisenbahndirektion eingeführt ist, gestellt. Es haben diesfalls Verhandlungen bei der Ober-Bezirksdirektion stattgefunden, die demnach zum Abschluß gelangt. Schließlich wurden als Beisitzer für das Militärverwaltungsgericht in Wertheim gewählt die Kameraden: Vogel, Drehsinger, Auerdt, Etzling, Dr. Eilan Schäfer und Runge als Ersatzmann. Die nächste Versammlung der Kriegesbeschädigten findet am 5. Dezember, die der Kriegesinterfessenen am 12. Dezember in Wilsdorfs Gesellschafterhaus statt.

Rechtsprechung bei der Volk. Die Zahlung der Militärverwaltungsgebühren und der Sozialen und Unfallrenten findet an den Danzschloßungen in den Räumen der Weibst. Len-Berburger Straße (Ede Nischeplatz), in der Zeit von 8 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm. in nachstehender Weise statt: a) für Militärrenten: am 28. November an die Inhaber der Stammkarten von Nr. 1 bis 11 000, am 29. November an die Inhaber der Stammkarten von Nr. 11 001 bis (Schluß) 20 000; b) für Sozialen und Unfallrenten: am 2. Dezember an die Inhaber der Stammkarten von Nr. 1 bis 800, am 2. Dezember an die Inhaber der Stammkarten von Nr. 801 bis 8000. Die Empfänger werden erneut darauf hingewiesen, unbedingt zu den angegebenen Zeiten ihre Renten abzugeben. Bei späterer Abhebung ist längeres Warten unermittelt. Bei der hiesigen Militärverwaltungsgebühren, welche den Antrag selbst haben, daß ihnen die Beträge ins Haus gebracht werden, erfolgt die Auszahlung durch die Beisitzer am 28. und 29. November. Damit ist die Zahlung der Beträge in kurzer Zeit und glatt abwickelt, wird jeder Empfänger ersucht, den auszufüllen und von ihm selbst mitzubringen. Eintragungsbescheinigung über die Zahlung des Betrages, die nur gegen Vorlegung der Nummerkarte und Bescheinigung der Nummerkarte aus den Beamtensitzungen des E. Angers oder an einem erwählten Familienmitglied erfolgen. Die Bescheinigung über die Bescheinigung 1919 im Betrage von 5 Militärrenten, die wegen ihrer Abwesenheit durch Ausschluß (siehe Bescheinigung) jedem zur sofortigen Zahlung dringend empfohlen 1. Zahlung: 20. März 1920, 2. Zahlung: 1. Juli 1920. Die weiteren Zahlungen finden zweimalig am 2. Januar und 1. Juli jeden Jahres statt.

Der Reichsbund des D. P. 3. beschließt für den nächsten Verband ein eigenes Büro in Halle einzurichten und rechnet bei der Zusammenhaltung der Arbeit auf ein neues Mitarbeiter bei

Zeugnis. Die Dringende Gruppe tritt daher ihre Mitglieder, stellt neue alte und neue Pächter zu sammeln und diese bis zum 1. Dezember 1919 der Gesellschaft zuzuführen.

Die Feuerwerke wurde gestern nachmittags zur Befestigung eines Schornsteinbrandes nach der Glauchaer Straße und nachmittags zur Bekämpfung eines brennenden Reithausbrandes nach den Partanlagen des Stadtparkes abgefeuert.

Zusammenisch. Am dem Martialis erefolgte am frühen Morgen ein Straßenbahnunfall und einem Fußgänger ein Zusammenstoß. Der Wagen wurde durch den Unfall beschädigt. Seitdem ist nicht verkehrt. — Gestern abend gingen in der Leipziger Straße die Pferde einer Reiterin stoma durch und rissen mit dem Wagen über den Martialis, wo sie dann zu Fall kamen. Milder Beschädigungen am Wagen ist weiterer Schaden nicht entstanden. Es hat selbst niemand an Schaden bekommen.

Schüler-Besuch am Freitag morgen wurde bei der 501. der in der Richtung nach Halle nach Eisenburg fährt, auf Station Delitzsch eine Frau vom Zuge überfahren und sofort erlöset. Die Schuld an diesem Unfall ist der Frau selbst auszuwerfen, da sie nach verkehrte, auf den Zug aufzutreten, als dieser schon in Bewegung war. Auch ihr Mann mit seinem fünfjährigen Kinde trat auf den Weg der Fahrt befindlichen Wagen. Ihm gelang es indes, während die Frau ihr Leben verlor, Vater und Kind fanden laut meinetwegen vor der Leiche der Mutter.

Was die Tagelöhner angeht? Einem des Diebstahls verdächtigten Manne sind eine Anzahl Tagelöhner wegen, die ermeister abgenommen worden, die sicher gelassen sind. Sie rühen vermuthlich aus einem Lebensbedürfnis, bei dem auch die anderen mitgenommen sind. Der Beschuldigte wird erlöset, sich alsobald bei der Kriminalpolizei, Zimmer 37, zu melden, wo die Welter zur Ansicht ausliegen.

Rundschau. In den D. Entwürfen des Stadteroberungsamtes ist ein Gebäudefeld geändert worden. Der Eigentümer wird angefordert, daselbst unter Nachweis seines Rechtes im Stadteroberungsamt, Martialis 22, Zimmer 11, in den Bornmittagsstunden zu erscheinen.

Diebe verurteilt in letzter Nacht durch Einbrüchen einer Tenkerleiche in die Wohnung eines Lebensmittelhändlers in der Albrechtsstraße einzubringen. Sie wurden verurteilt und erstraffen die Strafe.

## Provinzial-Nachrichten.

# Ammendorf, 24. Nov. (Zum Gedächtnis der Gefallenen. — Dichterabend.) Im Kirzspital Ammendorf-Besen-Planen wurden bis zum Letzten 202 Kriegesopfer gefällig. Davon entfallen auf Ammendorf 133, Besen 60 und Planen 3 Opfer des Weltkrieges. — Der vierte diesjährige, vom Gemeinwohlverein veranstaltete Bildungsalbum ist dem Gedächtnis des Dichters Gottfried Kessler gewidmet. Seminarlehrer Körbin aus Wertheim wird Donnerstag, den 27. D. im Galkhaus zur „Halleischen Quelle“ über Kesslers Erziehungsgedanken „Der grüne Feind“ sprechen.

Beleuchtungsarbeiten, 26. Nov. (Eine Leiche im Bahnhofsgebäude.) Hier kam ein als leer behauelter verpackter Güterwagen an. Beim Öffnen der Güterwagen fand man eine eingekerkerte Leiche, die von Berlin (Schle.) Bahnhof am 13. November abgegangen war und nach Frankfurt (Oder) abgeleitet werden sollte. Auf telegraphische Anfrage wurde der Irrtum aufgeklärt und die Leiche kann nunmehr nach längerer Verweilung der Angehörigen ausgesagt werden.

Wesentlich, 25. Nov. (Von einem jählichen Tode) wurde Schulrat Hermann Rühme in Eisenberg dahingeraht. Als er auf dem dortigen Bahnhofs eine Zigarrete rauchen wollte, wurde er von einem Herzschlag betroffen, der seinen schnellen Tod zur Folge hatte. Schulrat Rühme war 80 Jahre als Rektor an der Meißener Schule tätig. Von ihm wurde er als Mitglied des Reichstages nach Eisenberg berufen. Er war ein weitbekannter Schulmann.

(.) Eisleben, 25. Nov. (Mit Drillingen) wurde in Wieritz eine Familie erlöset. Der Storch brachte zwei Kinder und ein Mädchen ins Haus, und sie bestanden sich mit ihrer Mutter, die schon einmal mit Zwillingen befreit worden war, dort wohnt.

Bad Kösen, 26. Nov. (Der normale Bürgermeisterei Kreis) hatte einer hier zur zur anzuenden Dame die Kartarliste entzogen. Da die Dame dadurch an dem Gebrauch der Kurmittel verhindert wurde, verlangte sie Klage gegen die Stadtgemeinde an, in die der Bürgermeister ohne Genehmigung der Stadtratsmitglieder eintrat. Der Prozeß wurde auf Antrag der Stadtratsverwaltung entzogen, es wurden darauf von der Stadtratsverwaltung gegen den Bürgermeister Klagen eingeleitet gemacht. Dieser Prozeß ist jetzt ausgesetzt der Stadt entzogen worden.

XX Gornberg, 26. Nov. (Milch aus Amerika) Louis Holweg in Indianapolis (U. S.) hat eineinhalb der großen Entdeckungen, die der lange Arges auf die Welt brachte. Seine Tüchtigkeit hat die Welt in der Welt, denn er hat eine neue, Polster-Kundenmilch aus Milch gemacht mit der Bestimmung, daß die Milch nur an arme Leute, namentlich an Kranke und Kinder, verteilt werden soll, und zwar nur an solche arme Bedürfnisse, die sonst die ihnen fehlende Milch nicht erhalten.

— Peitz, 24. November. (Ein Geflügelzüchtungsanstalt in großer Stelle) ist jetzt auf der Seite des anhaltischen Landes Jahrbuch im Entzogen begriffen. Sie umfaßt 34 000 Quadratmeter Wald- und Wiesengrund, an dem fünf Häuser fertiggestellt. Die Zuchtanstalt soll vor allem brauchbares Geflügelzüchtung liefern. Gezüchtet werden rechteckige und weiße Italiener, schwarze Minorcas, weiße Wandhühner, Feingebirg und pomerische Gänse.

Zeitz, 25. Nov. (Ein Subenzüchtung) wurde in der der Gemeinde gehörenden Ebnhartanlage „Golfplatz“ errichtet, in dem achtzig Stühle gleich abgesetzt wurden.

Wittenburg, 25. Nov. (Zur schnellen Abrechnung) der Röhren, Gemäule und Kartoffel werden auf Verlangen des Ministeriums die oberen 3 Abrechnung der Volkshilfe sowie die Fortbildungsbücher zum Schulbesuch freigegeben. Die letzteren werden die Renten auch auf die Dauer der noch rückständigen Bezahlung ausbezahlt.

Sannover, 25. Nov. (Der Mann mit den 36 Deliquellen.) Seit einigen Tagen ereignet ein elegant gekleideter Mann, mit Bierpils ansetzen, die Deliquenten am Sannover, besonders in der Zeile und in der Richtung nach Bremen. Er trägt eine größere Bekleidung mit sich, in der er keine Flasche mit Petroleum hat. Er erzählt, daß er in den letzten, die er befragt, daß er Dr. Fritz Steinmeier heißt und Revisor von 36 erlöseten Deliquellen in der Nähe von Burgdorf ist. Die Behörden hätten sein Delinquenzamt; da er keine Reue habe, seine Ware dem Staate für 10 Mark abzugeben, verurteilt er unter der Bedingung, daß er nur in Zeitz oberhalb Zeitz. Jeder Besucher erhält ein Probebildchen, muß aber die Hälfte des Betrages für das bestellte Quantum im voraus zahlen. Die Probeleiste ist nur um Brennholz verlegen, aber, geben überall schreibende Aufträge. Was der Mann erzählt, ist natürlich alles Schwindel. Die Beisitzer sind um ihre Fortschritte betrogen. Von einem Landwirt erlöset er allein 800 Mark auf eine Schindlerbezahlung.

## Kunst und Wissenschaft.

Was Klinge-Gründung. Die Berliner Technische Hochschule hat auf Antrag ihrer Architekturabteilung dem Hof-

